

Ein Staat steht zur Verhandlung

von Zvi Barel

... Ein palästinensischer Staat kann auch bedeuten, dass dieser Staat offizielle Vertretungen in Ost-Jerusalem [unterhält] und damit de facto der Status der Stadt als palästinensische Hauptstadt etabliert wird. Israel würde dann in eine schwierige Lage versetzt werden bei der Entscheidung, wie es mit den Staaten umgeht, die einerseits freundschaftliche und strategische Beziehungen mit Israel unterhalten und andererseits seine Politik den Palästinensern gegenüber unterminieren.

Ein palästinensischer Staat wird auch einen formalen Status in internationalen Foren und Organisationen innehaben, und er wird dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag beitreten und Anklage gegen angebliche israelische „Kriegsverbrechen“ erheben können. Er könnte von Israelis, die im besetzten Land leben, verlangen, dass sie palästinensische Bürger werden oder das Land verlassen, und er könnte für die derzeit in Israel inhaftierten Palästinenser Sonderrechte als „Kriegsgefangene“ einfordern. Kurz gesagt, ein palästinensischer Staat könnte mehr Macht haben, Israel zu Zugeständnissen zu bringen – mehr Macht als die Vereinigten Staaten, die dabei gescheitert sind.

Dies sind offensichtlich schlechte Nachrichten für eine israelische Regierung, die keine eigene „Friedenspolitik“ hat und der es gelungen ist, substantiellen Verhandlungen auszuweichen. Irgendwann jedoch wird sich Israel vom Rest der Welt isoliert und gezwungen sehen, Verhandlungen mit einem anerkannten Staat zu führen, Verhandlungen, in denen es sehr viel weniger Spielraum geben wird. ...

Abbas' Initiative bringt die Hamas in eine Zwickmühle. Die Anerkennung Israels mag zwar zu ihrer Aufnahme als legitime Organisation und als politischer Partner in die internationale Gemeinschaft führen, eine solche Anerkennung jedoch würde ihr ideologisches Fundament erodieren und Abbas zu einem großen politischen Sieg verhelfen. Allerdings kommt man nicht umhin festzustellen, dass Hamas nicht immer der eigenen Ideologie

folgt, denn immerhin nahm sie an den allgemeinen Wahlen im Jahr 2006 teil, die auf den Oslo-Verträgen beruhten. ...

Obwohl es schwierig ist, die Position der Hamas vorzusehen, lehren uns einige ähnlich gelagerte Fälle, dass in Zeiten historischer Gelegenheiten Rivalen dazu tendieren, miteinander zu kooperieren und gemeinsam am selben Strang zu ziehen, auch wenn sie sich später wieder spalten mögen. Dies war der Fall bei den rivalisierenden Clans in Kurdistan, bei der Moslembroderschaft und den säkularen Bewegungen am Vorabend der [arabischen] Revolution, oder auch bei den schiitischen Rivalen im Irak. Werden die Hamas und die P[alästinentische] A[utonomiebehörde] anders handeln? Angesichts der Situation in Syrien, die die Hamas möglicherweise ohne einen arabischen Verbündeten zurücklässt, ist dies unwahrscheinlich. ...

Auszug aus dem Beitrag „Ein Staat steht zur Verhandlung“ in „Israel Kontrovers Nr. 9“ vom 28.08.2011, hrsg. vom Landesbüro Israel der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Autor ist Nahost-Korrespondent der israelischen Tageszeitung „Haaretz (Das Land)“.
